

Niederschrift

über die am Montag, den 22. März 2021, in der Kulturbühne AMBACH abgehaltene

5. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Vorsitzender:

Bgm. Christian Loacker

ÖVP-Fraktion:

Vizebgm. Edith Lampert-Deuring

GR Christine Wilhelm

GR Mathias Rieder

GV DI(FH) Robert Loacker

GV Manfred Handle

GV Stefan Nachbaur

GV Ing. Martin Hämmerle

GV Veronika Böckle

GV Dr. Matthias Koch

GV Julia Hotz

GV Manfred Martin

EM Michael Marte

GLG-Fraktion:

GR Mag. (FH) Thomas Ender

GR Markus Rottmar

GV Mag. Walter Heinzle

GV Anja Ellensohn

GV Dr. Karoline Kranzl-Heinzle

GV Mag. Maria-Elisabeth (Sissy) Mayer

GV Christof Steininger

BBG-Fraktion

GR Christoph Längle, BA

GV Kornelia Ender

GV Manfred König

GV Latifa Jordan

SPÖ-Fraktion

GR Christian Vögel

GV Michelle Feigl

GV Alp Sanlialp

NEOS-Fraktion

GV DI(FH) Bernd Frankenhauser

GV DI Jörg Maninger

FPÖ-Fraktion

GV Andrea Buri

Schriftführer:

Dr. Konrad Ortner

Entschuldigt:

GV Manfred Böhmwalder

Tagesordnung:

1. Berichte des Bürgermeisters
 - 1.1. VS Markt
 - 1.2. Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung
 - 1.3. Covid-Teststation in der Kulturbühne AMBACH
 - 1.4. Flüchtlingsunterkunft Lastenstraße
 - 1.5. Nahwärme GmbH
 - 1.6. Gemeindevorstand
 - 1.7. Arbeitsgruppe Kies
2. Berichte aus der Region
3. Umbesetzung Ausschüsse
4. Arbeitsgruppe Digitalisierung - Arbeitsauftrag
5. Ortsfeuerwehr Götzis - Ankauf eines Rüstlöschfahrzeuges
6. Hallenprojekt "Tennis & Golf" - Grundsatzbeschluss
7. Überarbeitung Radroutenkonzept am Kumma vom 08.03.2021, Beantragung zur Aufnahme in das Landesradroutenkonzept beim Land Vorarlberg
8. Projekt Litta/Anger - Absichtserklärung (letter of intent)
9. Gesetzesbeschlüsse des Vorarlberger Landtages
 - 9.1. Gesetz über eine Änderung des Gesetzes über den Landesvolksanwalt
 - 9.2. Verfassungsgesetz über eine Änderung der Landesverfassung

- 9.3. Gesetz über eine Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes
- 9.4. Gesetz über eine Änderung des Campingplatzgesetzes
- 9.5. Gesetz über eine Änderung des Gemeindeangestelltengesetzes 2005
- 9.6. Gesetz über eine Änderung des Gesetzes über Betreiberpflichten zum Schutz der Umwelt
- 10. Aufhebung des Grundsatzbeschlusses der Gemeindevertretung vom 18.11.2019 - Antrag der SPÖ-, BBG-, NEOS- und FPÖ-Fraktion gemäß § 41 Abs. 2 GG
- 11. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2020
- 12. Allfälliges
- 12.1. Forstweg Stähle
- 13. Unternehmensplanung Sozialdienste Götzis GmbH

Erledigung:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgte und konstatiert die Beschlussfähigkeit gemäß § 43 Gemeindegesetz.

Vor Eingang in die Tagesordnung teilt der Bürgermeister mit, dass aufgrund notwendiger weiterer Abklärungen Tagesordnungspunkt 8. Projekt Litta/Anger – Absichtserklärung (letter of intent) abgesetzt wird.

Weiters stellt der Bürgermeister den Antrag folgenden Tagesordnungspunkt behandeln zu dürfen:

- 13. Unternehmensplan SDG 2021

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

1. Berichte des Bürgermeisters

1.1. VS Markt

Im Februar fand der Wettbewerb zur Sanierung der VS Markt statt. Die Stillhaltefrist wurde verlängert, da ein unterlegener Wettbewerber Widerspruch eingelegt hat. Es ist eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts abzuwarten.

1.2. Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung

Es ist ein Antrag zur Abhaltung einer Volksabstimmung eingegangen. Die vorgeschlagene Frage lautet „Soll die Gemeindevertretung sich auf sämtlichen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass von Bürgerinnen und Bürgern erwirkte und verbindliche Volksabstimmungen auf Gemeindeebene möglich sind?“ Die Sitzung der Gemeindewahlbehörde wird nach Ostern stattfinden.

- 1.3. Covid-Teststation in der Kulturbühne AMBACH
Es gibt derzeit sehr umfangreiche Testkapazitäten in der Kulturbühne. Die Teststraße des Bundesheeres ist Montag bis Freitag von 6 bis 14 Uhr sowie Samstags von 8 bis 16 Uhr eingerichtet. Zusätzlich führt das Rote Kreuz Dienstag und Donnerstag Abend ebenfalls Tests durch.
- 1.4. Flüchtlingsunterkunft Lastenstraße
Die noch bestehende Unterkunft wird mit 30.6.2021 geschlossen. Die untergebrachten Asylwerber werden in anderen Heimen der Caritas untergebracht.
- 1.5. Nahwärme GmbH
Derzeit wird eine Erweiterung geprüft. Es soll auf dem anliegenden Grundstück ein Blockheizkraftwerk errichtet werden. Hier laufen die entsprechenden Überlegungen. Als Gesellschafter wird die Gemeinde eingebunden sein, allfällige Beschlüsse werden in der Gemeindevertretung getroffen werden müssen.
- 1.6. Gemeindevorstand
In der Sitzung vom 25.2. standen unter anderem Auftragsvergabe für die Sanierung des Hochbehälters sowie die Errichtung einer PV-Anlage beim Hochbehälter auf der Tagesordnung. Weiters wurden Grundangelegenheiten, Wohnungsvergaben und Förderansuchen behandelt.
- 1.7. Arbeitsgruppe Kies
Auf Nachfrage von GR Christoph Längle erklärt der Bürgermeister, dass nach Ostern die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe stattfinden soll.
2. Berichte aus der Region
Im Herbst 2020 startete das Projekt „Paris am Kummer“ im Zuge dessen sich 12 Familien aus der Region am Kummer verpflichteten, nach Empfehlungen des Pariser Klimaabkommens zu leben, um den CO2 Ausstoß zu reduzieren.
- Leider konnte die Abschlussveranstaltung nur im kleinen Kreis abgehalten werden. Am 5.3. wurde Staatssekretär Magnus Brunner, Landtagspräsidenten Harald Sonderegger, Landesrat Rauch sowie den Bürgermeistern der Region von zwei 2 Teilnehmern, - im Namen aller Teilnehmer - ein Forderungspapier mit Empfehlungen übergeben. Viele Maßnahmen im Bereich Region und Kommunen sind bereits in Umsetzung bzw. umgesetzt.
- Geplant ist, dass die Forderungen in der Region und im Anschluss in den Gemeinden diskutiert werden.
3. Umsetzung Ausschüsse
ÖVP Fraktion:
Ausschuss für Bildung:
Anstelle von Ersatzmitglied Dr. Koch Matthias kommt Jenny Nicole.
- Sportausschuss:
Anstelle von Ersatzmitglied Dr. Koch Matthias kommt Jenny Nicole.
- BBG Fraktion :
Ausschuss für Bildung:
Anstelle von Ersatzmitglied Baumgartner Simone kommt Kornelia Ender.

FPÖ Fraktion :

Sportausschuss:

Anstelle von der beratenden Stimme Lampert Christoph kommt Zech Roman.

Ausschuss für Soziales und Gesellschaft:

Anstelle von der beratenden Stimme Bergmann Michael kommt Zech Roman.

Die Gemeindevertretung stimmt den Umsetzungen einstimmig zu.

4. Arbeitsgruppe Digitalisierung - Arbeitsauftrag

Der Gemeindegeschäftsführer berichtet von den bisherigen Sitzungen und den Schwerpunkten für die Zukunft.

Der Arbeitsauftrag wurde gemeinsam erarbeitet und soll jetzt noch intensiviert werden. Als erster Punkt soll im Zuge des Projekts für eine neue Homepage Input gegeben werden.

Bürgermeister stellt den Antrag den Arbeitsauftrag der wie folgt lautet zu erteilen:

„Die Arbeitsgruppe Digitalisierung beschäftigt sich mit Visionen und Projekten für ein „digitales Götzis“ bzw. eine „digitale Region am Kummer“.

Schwerpunktthemen sind

- **digitale Bürgerservices**
- **Unterstützung von Dritten zur Entwicklung eigener Dienste (z.B. Open Data)**

Weitere Themen sind

- **Kommunikation der Möglichkeiten und Entwicklungen nach innen und außen**
- **Kompetenzentwicklung in der Bevölkerung**
- **Forcierung digitaler Infrastrukturprojekte**

Die Arbeitsgruppe entwickelt Ideen, bereitet Projekte konzeptionell vor, priorisiert und begleitet Projekte als (Teil einer) Steuerungsgruppe und evaluiert diese.

Bei anstehenden Projekten wie z.B. der Website oder der digitalen Abwicklung von diversen Verfahren mit Hilfe von Online-Formularen möchte sich die Arbeitsgruppe beratend einbringen und entsprechend in den Projektverlauf involviert werden.“

Die Gemeindevertretung stimmt einstimmig zu.

5. Ortsfeuerwehr Götzis - Ankauf eines Rüstlöschfahrzeuges

Die Feuerwehr Götzis fungiert seit vielen Jahren als Schwerpunkt-Stützpunkt technischer Einsatz mit Hydraulischem Rettungsgerät. Derzeit verfügt die Feuerwehr unter anderem über ein Rüstfahrzeug aus dem Jahr 1991 und ein Tanklöschfahrzeug mit Baujahr 1990.

Im Beschaffungsplan ist die Ersatzbeschaffung dieser Fahrzeuge für die nächsten Jahre vorgesehen.

Die Feuerwehr hat sich mit dem Landesfeuerwehrverband Gedanken über die künftige Entwicklung gemacht. Dieses Konzept wurde den Fraktionen übermittelt.

Es kam zu Tage, dass speziell während des Tages in der ersten Viertelstunde die verfügbaren Feuerwehrmänner aufgrund beruflicher Verpflichtungen weniger werden. In Hinblick auf diese Tatsache soll die Taktik verändert werden und kein 1:1-Ersatz der Fahrzeuge erfolgen, sondern stattdessen ein Rüst-Löschfahrzeug und ein Versorgungsfahrzeug angeschafft werden.

So kann die Schlagkraft in den ersten 10 Minuten wesentlich erhöht werden. Das zu bestellende Versorgungsfahrzeug dient zum Transport von Containern als Ergänzung. Mit den Containern kann speziell auf die jeweiligen Einsätze eingegangen werden.

Diese Änderung verbessert nicht nur die taktische Ausrichtung, sondern würde auch zu einer Reduzierung der Kosten führen. Die Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) hat ein entsprechendes Fahrzeug gelistet.

Die Gesamtbeschaffung ist dreiteilig. Neben dem Fahrzeug werden über den Umweltverband Gerätschaften bezogen. Für die Gesamtkosten kann von einer Förderung in Höhe von 45% durch das Land ausgegangen werden, außerdem kann mit einer Pauschalförderung der ASFINAG in noch unbekannter Höhe gerechnet werden.

Die Vorlaufzeit beträgt ca. 12 Monate. In der Mittelfristplanung ist die Anschaffung vorgesehen, die budgetäre Belastung erfolgt im Jahr 2022.

Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 642.818,97 €. Davon entfallen 598.667,60 € auf das Fahrzeug über die Einkaufsplattform der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG), 21.992,06 € auf Direktbeschaffung von Geräten über den Umweltverband, sowie 22.159,20 € für die Atemschutzausstattung.

GV Bernd Frankenhauser betont, dass Sinnhaftigkeit der Anschaffung nicht in Frage gestellt wird. Insgesamt handle es sich aber um eine Investition in Höhe von einer Million Euro. Die Befassung damit sei zu kurzfristig erfolgt. Es stelle sich die Frage ob ausgeschrieben wurde und wie hoch die Förderung der Asfinag sei. Deshalb stellt er den Antrag auf Vertagung der Entscheidung.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die ASFINAG-Förderung auf 30.000 bis 50.000 Euro belaufe, es komme jedoch auf das konkrete Fahrzeug an und sei noch zu verhandeln. Die Ausschreibung sei über die BBG erfolgt, die immer wieder Standardfahrzeuge ausschreibe, die dann österreichweit abgerufen werden können.

GR Christoph Längle kündigt die Zustimmung der Bürgerbewegung an, da es sehr wichtig sei, dass die Feuerwehr über gutes Gerät verfüge.

GV Bernd Frankenhauser erklärt, dass nun alle Fragen geklärt seien und er daher den Vertragsantrag zurückziehe.

GV Michelle Feigl kritisiert, dass die Informationen sehr knapp gekommen seien. Der Bürgermeister erklärt, dass dies stimme, die Behandlung aber aufgrund von Fristen wichtig gewesen sei.

GV Andrea Buri erkundigt sich nach der Verwendung der ausgeschiedenen Fahrzeuge. Der Bürgermeister erklärt, dass die verwendbaren Utensilien weiterverwendet würden. Die Fahrzeuge seien aber nicht mehr auf dem Stand der Technik und hätten auch Probleme mit Rost.

Es werde geprüft ob sie allenfalls der Initiative von Hans Kohler zugunsten des Feuerwehrwesens in Moldawien überlassen werden können.

Die Gemeindevertretung stimmt der Auftragsvergabe einstimmig zu.

6. Hallenprojekt "Tennis & Golf" - Grundsatzbeschluss

Der Bürgermeister präsentiert das vorliegende Projekt zur Erweiterung der bestehenden Tennishalle sowie zum Anbau einer weiteren Halle.

Der bestehende Kopfbau soll um einen Stock aufgestockt werden, um eine Indoor Golfanlage zu beheimaten. Dieser Plan sei grundsätzlich durch den bestehenden Baurechtsvertrag gedeckt. Zum Verständnis erklärt er, dass sich die Tennishalle auf Gemeindegrund befindet und es einen Baurechtsvertrag gebe; die Halle stehe im Eigentum des Betriebes. Im Vertrag ist geregelt, dass in erster Linie Tennissport ausgeübt werden soll, aber auch andere Sportarten möglich seien.

Im Bereich nördlich der bestehenden Halle soll eine weitere Halle entstehen, bestehend aus 2 Tennisplätzen und 3 Paddle-Tennisplätzen. Die Erschließung erfolgt über eine Verbindung mit der bestehenden Halle in der auch die Sanitär- und Umkleideanlagen genutzt werden.

Zusätzlich soll eine öffentliche Toilette für andere Nutzer (Radfahrer, Fußgänger) entstehen sowie eine halböffentliche Toilette für die vor Ort tätigen Vereine errichtet werden.

In der heutigen Sitzung gehe es um einen Grundsatzbeschluss, ob diesem Projekt näher getreten werden kann. In der Folge müsste das Grundstück herausparzelliert werden, Bestandsverträge verhandelt und ein Baurechtszins festgelegt werden. Hier wäre wiederum die Gemeindevertretung zu befassen.

Der Sportausschuss habe sich mit der Frage bereits beschäftigt.

GR Christoph Längle berichtet von der Ausschusssitzung. Insgesamt entstehen Möglichkeiten für fünf Sportarten (Tennis, Paddletennis, Hallenfußball, Golf, Badminton, Dart), es soll eine topmoderne Indoor-Golfanlage entstehen.

Das öffentliche WC diene für die Jugendlichen vom Jugendpark und Radfahrer. Der Sportausschuss befürwortet das Projekt einstimmig.

GV Bernd Frankenhauser erkundigt sich nach der Position der WC. Außerdem erkundigt er sich nach den laufenden Kosten für die Gemeinde. GR Christoph Längle erklärt, dass das öffentliche WC vom Dartverein betreut werde. Das halböffentliche WC wird vom Bogenschützenverein betreut. Es entstünden somit keine laufenden Kosten für die Gemeinde.

GV Bernd Frankenhauser erkundigt sich, ob es nicht Synergien mit der geplanten Turnhalle beim Borg gäbe und schlägt vor, dass ein Gesamtkonzept entwickelt werde. Außerdem erkundigt er sich nach der Möglichkeit Veranstaltungen abzuhalten.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Hallen sehr speziell auf die jeweiligen sportlichen Bedürfnisse abgestimmt werden müssten. So sei es nicht möglich rhythmische Sportgymnastik in der Tennishalle zu betreiben. Der Betreiber ist für Mehrfachnutzung offen, wenn es seine Kernsportart nicht behindert.

Der Tennisverein überlege 1-2 Plätze fix zu mieten, damit im Winter Trainingskapazitäten bestehen. Veranstaltungen im Sinne eines Veranstaltungszentrums seien schon bisher ausgeschlossen. Diese Diskussion gab es bereits vor vielen Jahren. Hier war die Gemeindevertretung stets dagegen, da es sich um eine Sportstätte handelt. Das war bisher immer ausgeschlossen, wenn sie nicht im Zusammenhang mit einem Turnier oder ähnlichem stattfindet. GV Bernd Frankenhauser stellt klar, dass er an Wettkämpfe anderer Vereine wie den Ringern oder Karatekas gedacht hatte.

GV Michelle Feigl fragt nach, warum Wohnungen eingezeichnet sein. Der Bürgermeister stellt klar, dass diese auf Intervention der Gemeinde aus den Plänen gestrichen wurden und nur die bereits bestehende Wohnung bleibe. Außerdem möchte sie wissen wie der genaue Text des Grundsatzbeschlusses lautet.

Der Bürgermeister stellt klar, dass es heute darum gehe, zu sagen, ob das Projekt weiterverfolgt werden dürfe, die konkreten Beschlüsse werden wiederum in der Gemeindevertretung gefasst.

GV Walter Heinzle steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber, da es zusätzliche Sportmöglichkeiten biete. Zu hinterfragen sei jedoch der Flächenverbrauch. Wichtig wäre, dass die Raumordnung im Bereich Mösle überdacht werde, da die Sportwidmung bis zur Landesstraße gehe. Auch die angedachte Turnhalle auf dem BORG-Gelände sei eine sinnvolle Ergänzung.

Aus der Vergangenheit wisse man, dass es auch Probleme mit der Tennishalle geben könne, daher sollte alles möglichst „wasserdicht“ gestaltet werden.

Der Bürgermeister erwidert, dass sich die Gemeindevertretung vor vielen Jahren entschieden habe hier das Sportzentrum von Götzis zu situieren. Im Zuge der Umsetzung des Räumlichen Entwicklungsplanes (REP), seien hier die angesprochenen Anpassungen durchzuführen.

GR Christian Vögel erkundigt sich nach dem Wortlaut des Beschlusses. BM erklärt, dass es sich um die Übernahme der Empfehlung aus dem Sportausschuss handle.

Bernd Frankenhauser erkundigt sich, was bei einer Vertagung passieren würde und ob bereits etwas läuft.

Der Bürgermeister berichtet, dass das Bauverfahren hinsichtlich der Anpassungen des Kopfbaus laufe, was natürlich auch Auswirkungen auf die neu zu errichtende Halle habe. Es war Wunsch die Gemeindevertretung am Anfang einzubinden und nicht schon zu verhandeln und dann an den Start zurück zu müssen.

Auch GV Kornelia Ender spricht sich entschieden gegen eine Vertagung aus. Alle Fraktionen hätten Mitglieder in den Ausschüssen. Es erfolgte eine lange Diskussion im Sportausschuss. Es gehe nun nur darum, ob man es grundsätzlich wolle oder nicht.

GV Andrea Buri versteht nicht, dass darüber diskutiert wird. Was könne Götzis Besseres passieren als, dass ein Privater bereit sei, etwas in dieser Form zu bauen und die Sportausübung zu ermöglichen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die Empfehlung des Sportausschusses zu übernehmen, die wie folgt lautet:

„Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Götzis spricht sich aus sportlicher Sicht für das erweiterte Angebot des Projektes „Tennis und Golf“ aus.“

GR Christoph Längle, als Vorsitzender des Sportausschusses erklärt, dass man sehr darauf geschaut habe, dass sehr verdichtet gebaut wird. Wichtig war auch, dass der Baum erhalten wird und man sparsam mit dem Platz umgeht. Die bestehende, bereits größte PV-Anlage der Gemeinde soll erweitert werden. Im Sportausschuss wurde lange und intensiv diskutiert. Alle Fraktionen waren beteiligt, die Vorgehensweise ist in Ordnung, die Details sind bekannt.

Der Bürgermeister bringt den Antrag zur Abstimmung, der einstimmig angenommen wird.

7. Überarbeitung Radroutenkonzept am Kumma vom 08.03.2021, Beantragung zur Aufnahme in das Landesradroutenkonzept beim Land Vorarlberg

Derzeit werden die bestehenden Radroutenkonzepte in den Gemeindevertretungen der Region überarbeitet. Götzis sollte nun die Routen im Ortsgebiet absegnen. Danach wird ein Antrag gestellt, um ins Landesradroutenprogramm des Landes zu kommen. Dies ist für allfällige Förderungen des Landes nötig.

Geplant ist eine Verbindung Koblach – Mäder – Götzis. Von Götzis über Neuburg entlang des alten Kirchwegs am Pocksberg entlang nach Koblach.

Verbindung Mäder – Götzis über die Appenzeller-Straße als Schnellfahrroute und über die Komminger-Straße als örtliche Hauptradroute, außerdem entlang des Emmebach eine Verbindung Richtung Altach als geplante Landesradroute.

Im Bereich Udelberg sind noch Fragen offen, deshalb wird hier lediglich eine „Lupenplanung“ vorgesehen.

Die Wegeführung wurde im Mobilitätsausschuss behandelt.

GV Walter Heinzle erklärt als Vorsitzender des Mobilitätsausschusses, dass es in erster Linie um die Förderfähigkeit gehe. Für die Projekte könne mit Förderungen zwischen 50 und 70% gerechnet werden. Die Details sind noch in Diskussion. Die Routenführung im Bereich Udelberg ist nicht optimal, dafür ist die Route kreuzungsfrei. Es bestehe noch das Anliegen, dass entlang des Kaltbrunnenbaches ein Radweg errichtet wird. So könnte man eventuell den Radweg beim Durchstich des Kummenbergs nicht benötigen.

Die Firma Hilti-Jehle hat am Rande des Betriebsgeländes einen Fußweg errichtet, dies könnte eine Alternative zum Kirchweg sein, der durch landwirtschaftliches Gebiet führt.

Der Bürgermeister bringt folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die Übernahme des überarbeiteten Radroutenkonzeptes Am Kumma – Teilbereich Kummenberg vom 08.03.2021 in das Landesradroutenkonzept Vorarlberg beim Land Vorarlberg zu beantragen.“

Die Gemeindevertretung stimmt einstimmig zu.

8. Projekt Litta/Anger - Absichtserklärung (letter of intent)
Wurde vor Eingang in die Tagesordnung abgesetzt.

9. Gesetzesbeschlüsse des Vorarlberger Landtages
Zu keinem der nachfolgenden Gesetze wird ein Antrag auf Volksabstimmung gestellt:
 - 9.1. Gesetz über eine Änderung des Gesetzes über den Landesvolksanwalt
 - 9.2. Verfassungsgesetz über eine Änderung der Landesverfassung
 - 9.3. Gesetz über eine Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes
 - 9.4. Gesetz über eine Änderung des Campingplatzgesetzes
 - 9.5. Gesetz über eine Änderung des Gemeindeangestelltengesetzes 2005
 - 9.6. Gesetz über eine Änderung des Gesetzes über Betreiberpflichten zum Schutz der Umwelt

10. Aufhebung des Grundsatzbeschlusses der Gemeindevertretung vom 18.11.2019 - Antrag der SPÖ-, BBG-, NEOS- und FPÖ-Fraktion gemäß § 41 Abs. 2 GG
GR Christoph Längle stellt den gemeinsamen Antrag der BBG, SPÖ, NEOS und FPÖ vor, der wie folgt lautet.

Aufhebung des Grundsatzbeschlusses der Gemeindevertretung vom 18.11.2019

„Die Marktgemeinde Götzis bekannt sich zur regionalen Zusammenarbeit. Sie stimmt dem gemeinsamen Kiesabbauprojekt mit der Gemeinde Altach auf den Grundstücken des Gutshofes Rheinau grundsätzlich zu.

Dieses Projekt bietet für die Bürgerinnen und Bürger beider Gemeinden die Chance unter entsprechenden Rahmenbedingungen vorteilhafte Entwicklungen und Projekte zu ermöglichen.

Die Details der noch zu verhandelnden Rahmenbedingungen für den Abbau sind vertraglich zu regeln. Als wichtige Grundvoraussetzungen sind die existenziellen Interessen des Gutshofes zu berücksichtigen.

Vorrangig sind die Altacher Bürgerinnen und Bürger am Zug, die im Rahmen der anstehenden Volksabstimmung über den weiteren Projektverlauf entscheiden.“

Begründung:

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung wurden Informationen für eine gesamtheitliche Beurteilung vorenthalten. Für das Projekt gibt es 2 Bewerber, für die dieselbe Ausgangslage zur Erstellung von Angeboten zur Verfügung stehen muss.

Begründet durch diese Umstände bzw. die Änderung der Umstände in Bezug auf die Möglichkeiten des Projektes ist es notwendig, den Beschluss aufzuheben.

GR Christian Vögel ergänzt zur Chronologie, dass in der Sitzung vom 18.11.2019 als der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, vom Bürgermeister verneint wurde, dass es weitere Projekte gebe, deshalb werde der Antrag von der SPÖ-Fraktion unterstützt.

In der Sitzung habe die Grüne Liste Götzis (GLG) mehrfach nachgefragt ob es noch weitere Interessenten gebe, was der Bürgermeister verneint habe.

Aufgrund dessen habe die SPÖ auch mitgestimmt. In der Zwischenzeit habe sich herausgestellt dass der Bürgermeister am 8.3.2019 ein Mail mit Betreff Kiesabbau von einem Götzner Unternehmer erhalten habe, in dem der besagte Unternehmer um ein Gespräch zum Thema Kiesabbau Sauwinkel gebeten habe. Am 11.3.2019 sei dann die Antwort des Bürgermeisters gekommen, dass ein Verfahren der Gemeinde Altach laufe und zu diesem Zeitpunkt keine Einbindung Privater vorgesehen sei. Am 3.12.2019 sei dann das Schreiben der BH Feldkirch eingetroffen, dass die Gemeinde Altach bereits am 18.7.2019 den Antrag dahingehend eingeschränkt habe, dass die Aufbereitung und Verarbeitung des abgebauten Kieses durch die Firma Kopf erfolgen werde.

Des Weiteren sei es der SPÖ wichtig, dass alle dieselben Voraussetzungen haben und deshalb dieser Grundsatzbeschluss aufgehoben werde.

GV Bernd Frankenhauser erklärt, dass es unabhängig davon, ob der Bürgermeister vorab Kontakt zu einem zweiten Bewerber hatte, die gesetzliche Pflicht aller sei, das Beste für unser Götzis zu leisten.

Gerade wegen der prekären finanziellen Situation sei es nötig Einnahmen zu maximieren und Ausgaben zu minimieren um die Verschuldung wieder in den Griff zu bekommen. Eine verantwortungsvolle Gemeindevertretung könne sich nicht leisten ein paar Millionen Euros zu verschenken, Nachbar hin oder her.

Beide Bewerber seien in der noch zu finalisierenden Kriterienmatrix der ARGE Kies neutral und objektiv zu bewerten. Erst dann könne die Zusage an einen Bewerber erfolgen und die Detailverhandlungen starten.

Deshalb erfolge die Bitte und Aufforderung, speziell an die Mandatare der ÖVP und GLG, das Fraktionsdenken beiseite zu legen und nach besten Gewissen eigenständig und frei für den gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen zu stimmen.

GV Sissy Mayer erklärt, dass in der Chronologie vergessen wurde, dass im Februar 2020 ein solcher Antrag bereits von der GLG gestellt wurde, der jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde.

Der Bürgermeister erklärt zum zitierten E-Mail, dass es einen großen Unterschied zwischen einem Interessenten und einem konkreten Projekt gebe. Er bekomme laufend Mails von Interessenten für viele Projekte. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung habe er kein alternatives Projekt gekannt oder gesehen. Die Gemeindevertretung hat einen gemeinsamen Weg vereinbart, deshalb wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, in der seit Beginn des Projekts alle Fraktionen mit einer Stimme säßen. Diese Gruppe hat nun die Aufgabe die Projekte zu bewerben.

Seit das zweite Projekt bekannt ist, wurde das Projekt präsentiert und diskutiert. Es sind Kriterien ausgearbeitet worden, deren Bewertung in der nächsten Kiesgruppen-Sitzung erfolgen wird.

Ziel ist es das Bestmögliche auszuverhandeln. Zum jetzigen Stadium ist es nicht nötig den Grundsatzbeschluss aufzuheben.

Auf Nachfrage von GR Christian Vögel, ob er im Schreiben des zweiten Projektanten kein Interesse sehe, entgegnet der Bürgermeister, dass er ihm auch geantwortet habe, dass das Verfahren laufe.

Auf Nachfrage, ob Götzis davon gewusst habe, dass die Firma Kopf im Bescheid aufgenommen werde, erklärt der Bürgermeister, dass die Bezirkshauptmannschaft ein Projekt als Behörde nicht beurteilen könne, wenn kein Szenario vorliege, deshalb sei das ein logischer Schritt im Verfahren gewesen.

GR Thomas Ender erwähnt, dass in der heutigen Zeitung stehe, er sei aber nicht gefragt worden. Die GLG habe sich das Projekt der Firma Kopf Ende 2018 angeschaut. Dann habe man von einer zweiten Idee erfahren und bewusst über viele Monate – auch im Wahlkampf – nicht verwendet. Die GLG wolle versachlichen, dazu brauche man Kriterien. Dazu stehe man auch heute noch. Wenn es eine Entscheidung in der Sache gebe, muss der Beschluss so oder so angepasst werden.

Der Grundsatzbeschluss stehe nicht in Frage, weil man am Rheinhof Kies abbauen wolle, deshalb stelle er den Antrag den Beschluss wie folgt zu erweitern:

- **Die MG Götzis prüft generell Möglichkeiten zum schonenden Rohstoffabbau auf geeigneten Grundstücken, die im Besitz der Gemeinde sind.**
- **Der geplante Kiesabbau beim Götzner Rheinhof in Altach bietet Chancen für Götzis und alle beteiligten Partner. Götzis ermöglicht den schonenden Kiesabbau und die Wiederverfüllung mit geeignetem Bodenaushub auf den Grundstücken des Götzner Rheinhofes.**
- **Hier gilt es zeitnah Lösungen und Kooperationen, aufbauend auf bereits geführten Gesprächen, zu erarbeiten.**
- **In einem Verfahren soll der geeignetste Partner für dieses Projekt ausgewählt werden. Das Projekt soll wirtschaftlich und ökologisch ein Gewinn für die ganze Region sein und die weitere Zusammenarbeit fördern.**

GR Christian Vögel erklärt, dass er das bis vor zwei Wochen geglaubt hätte. Der Antrag sei nur aus Koalitionsraison zu sehen. Im Februar 2019 hätten die Grünen mehr gewusst, als sie gesagt haben, deshalb sei die SPÖ nicht mitgegangen.

GR Christian Vögel beantragt eine Sitzungsunterbrechung

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

GR Christoph Längle erklärt in Namen der vier Antrags-Fraktionen (BBG, SPÖ, NEOS, FPÖ), dass an ihrem Antrag festhalten werde. Die GLG habe immer wieder gesagt, dass es sich beim Thema Kies um einen koalitionsfreien Raum habe. Das sei nun doch nicht der Fall. Hier sehe man wie mit Wahrheiten umgegangen werde. Sie werden dem Antrag nicht zustimmen und einen weiteren Antrag weiteren einbringen.

„Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Marktgemeinde bezüglich Kiesabbau die bestmögliche Lösung für Götzis erreichen will und alle Anbieter sachlich und neutral prüfen werden, um Transparenz und Chancengleichheit zu gewährleisten.“

Der GLG-Antrag wird als weitestgehender zuerst abgestimmt und mit 13 Stimmen der ÖVP und 7 Stimmen der GLG mehrheitlich angenommen.

11. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2020
Die Niederschrift über die Sitzung vom 14. Dezember 2020 wird ohne Wortmeldung als genehmigt erachtet.

12. Allfälliges

12.1. Forstweg Stähle

GV Karoline Kranzl-Heinzle erkundigt sich, wer die Kosten trage, da die Agrargemeinschaft gerade mit Aufräumarbeiten beschäftigt sei. Der Bürgermeister sagt zu, diese Frage abzuklären.

13. Unternehmensplanung Sozialdienste Götzis GmbH

Die Unternehmensplanungen wurde bereits am 1.12.2020 den Mitgliedern Finanzausschuss übermittelt. Am 28.2. fand die Sitzung des Beirates der Sozialdienste GmbH statt.

Der Bürgermeister präsentiert die Eckzahlen der Unternehmensplanung für die verschiedenen Geschäftsbereiche. Für das Jahr 2021 wird ein Zuschuss der Gemeinde in Höhe von 592.900 Euro budgetiert.

GR Christoph Längle spricht der SDG mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großes Lob aus.

Er erkundigt sich nach den zwei budgetierten Fahrzeugen. Er habe prinzipiell nichts dagegen, es sei jedoch vorgesehen die Fahrzeuge in Sulz zu erwerben. Es wäre seiner Meinung nach wichtig, Götzner Unternehmen zu unterstützen. Er stelle daher den Antrag, dass die Fahrzeuge – vorbehaltlich einer Vergleichbarkeit – in Götzis erworben werden.

Der Bürgermeister wird diese Frage mit dem Geschäftsführer klären. Es sei so, dass wenn vergleichbare Angebote vorliegen, möglichst in Götzis gekauft werde. Hier sei die Frage, ob es vergleichbare E-Fahrzeuge bei Götzner Händlern zum selben oder einem besseren Preis geben würde.

Die Gemeindevertretung stimmt der Unternehmensplanung einstimmig zu.

Der Antrag zum Einkauf in Götzis wird gegen die Stimmen der NEOS und der FPÖ mehrheitlich angenommen. GR Christian Vögel war zum Abstimmungszeitpunkt nicht anwesend.

Ende der Sitzung: 20:45 Uhr



Dr. Konrad Ortner
Schriftführer



Bgm. Christian Loacker
Vorsitzender